

Stämpfli juristische Lehrbücher

Niklaus Oberholzer

Grundzüge des Strafprozessrechts

5. Auflage

Die fünfte, vollständig neu gestaltete Auflage der «Grundzüge des Strafprozessrechts» führt das bewährte Konzept einer systematischen Gesamtdarstellung des Schweizerischen Strafprozessrechts konsequent fort. Es beschränkt sich nicht auf eine Kommentierung Artikel für Artikel. Stattdessen rückt Niklaus Oberholzer das Ineinandergreifen aller Verfahrensabschnitte – von der Einleitung bis zum Rechtsmittel – in den Mittelpunkt.

Der Autor analysiert die dogmatischen Leitprinzipien ebenso wie die aktuelle Gesetzgebung und Rechtsprechung. Wichtige Entscheidungen des Bundesgerichts werden umfassend zusammengeführt, divergierende Linien offengelegt und neue Entwicklungen kritisch hinterfragt.

Das Werk ist unverzichtbar für alle, die strafprozessuale Normen in der Praxis anwenden oder vertieft verstehen wollen: Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, Staatsanwaltschaften, Gerichte sowie Behördenmitglieder finden hier ebenso Orientierung wie Studierende, die sich einen fundierten Überblick über die komplexen Abläufe des Strafverfahrens erarbeiten möchten.

Mit klarem Blick auf rechtsstaatliche Grundwerte zeigt Oberholzer, woran sich ein modernes Strafverfahren messen lassen muss und bietet damit ein zuverlässiges Werkzeug für eine verantwortungsvolle Strafrechtspflege.

Niklaus Oberholzer

Dr. iur., Rechtsanwalt

Ehemaliger Untersuchungsrichter, Strafverteidiger, Präsident der
Anklagekammer des Kantons St. Gallen und Richter an der
strafrechtlichen Abteilung des Schweizerischen Bundesgerichts

Grundzüge des Strafprozessrechts

5. Auflage

Zitiervorschlag:

OBERHOLZER, Sjl Strafprozessrecht, 5. Auflage

Dieses Buch ist urheberrechtlich geschützt. Jede Form der Weitergabe an Dritte (entgeltlich oder unentgeltlich) ist untersagt. Die Datei enthält ein verstecktes Wasserzeichen, in dem die Daten des Downloads hinterlegt sind.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, der Verbreitung und der Übersetzung. Das Werk oder Teile davon dürfen ausser in den gesetzlich vorgesehenen Fällen ohne schriftliche Genehmigung des Verlags weder in irgendeiner Form reproduziert (z. B. fotokopiert) noch elektronisch gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Die Nutzung unserer Werke für Text- und Data-Mining behalten wir uns explizit vor.

© Stämpfli Verlag AG Bern · 2026

E-Book ISBN 978-3-7272-1819-4

Über unseren Online-Shop www.staempflirecht.ch
ist zudem folgende Ausgabe erhältlich:

Print ISBN 978-3-7272-4330-1

Bei Fragen zur Produktsicherheit

Hersteller: Stämpfli Verlag AG, Wölflistrasse 1, CH-3001 Bern,
verlag@staempfli.ch, www.staempflirecht.ch

Importeur EU: Brockhaus Commission GmbH, Kreidlerstrasse 9, DE-70806 Kornwestheim,
gpsr@brocom.de, www.brocom.de



Der Schreiber steht für unseren Anspruch, gemeinsam mit unseren Autorinnen und Autoren relevante und herausragende Inhalte zu produzieren.



Vorwort

Die «Grundzüge des Strafprozessrechts», früher noch mit dem Untertitel «Dargestellt am Beispiel des Kantons St. Gallen» versehen, erscheinen nun in fünfter Auflage. Jede dieser Auflagen wurde aus einer unterschiedlichen Berufsperspektive verfasst. Während ich bei der ersten Auflage noch als kantonaler Untersuchungsrichter wirkte, war ich bei der zweiten Fassung als selbstständiger Rechtsanwalt und Strafverteidiger tätig. Die dritte Auflage war von meiner Tätigkeit als Präsident einer kantonalen Beschwerdeinstanz geprägt, und die vierte beruhte auf meinen Erfahrungen, die ich als Mitglied der strafrechtlichen Abteilung des Schweizerischen Bundesgerichts machen durfte. Das nun vorliegende Werk spiegelt eine Sicht wider, die einerseits all die unterschiedlichen Berufserfahrungen berücksichtigt und andererseits doch eine gewissen Distanz zum Alltagsgeschäft der Strafrechtspflege wahrt. Da «das gesellschaftliche Sein bekanntlich das Bewusstsein prägt», handelte es sich bei den jeweiligen Neuauflagen auch nicht einfach um Überarbeitungen früherer Fassungen, sondern um eigentliche Neuschöpfungen. Der eine oder andere Schwerpunkt mag sich dabei, teilweise sogar massiv, verändert haben; die Grundlinie blieb sich aber immer gleich: Erst im Strafprozess zeigt sich, wie ernst es eine staatliche Ordnung mit ihrem Bekenntnis zum Rechtsstaat meint.

Mit der Schweizerischen Strafprozessordnung wurde die lang ersehnte Vereinheitlichung des Prozessrechts verwirklicht. Sie hat vieles an Verbesserungen gebracht. In der täglichen Rechtsanwendung zeigen sich aber auch gewisse Schattenseiten. Der hohe Detaillierungsgrad und die Betonung formalistischer Abläufe haben weder die Arbeit der Strafbehörden einfacher gemacht noch für die Betroffenen zu mehr Rechtsstaatlichkeit geführt. Auch die letzte Revision konnte daran nicht viel ändern.

Umso wichtiger erscheint es deshalb, den Fokus nicht auf einzelne Bestimmungen zu richten, sondern den Strafprozess als Ganzes zu betrachten. Entgegen dem aktuellen Trend der Zeit habe ich auf eine Kommentierung der einzelnen Gesetzesbestimmungen verzichtet und den Weg einer Gesamtdarstellung gewählt. Ob dieser Versuch, das ineinandergreifende Räderwerk des Strafprozesses in seinen dynamischen Bezügen und wechselseitigen Abhängigkeiten zu erfassen, gelungen ist, werden die Leser und Leserinnen zu entscheiden haben.

Die «Grundzüge des Strafprozessrechts» sind in erster Linie für all diejenigen gedacht, die sich in ihrem beruflichen Alltag mit Fragen des Strafverfahrens auseinandersetzen. Es soll Rechtsbeiständen und Angehörigen von Strafverfolgungsbehörden und Gerichten gleichermassen dazu dienen, ihre nicht immer einfache Aufgabe zu erfüllen. Es soll aber auch Studierende auf ihrer Suche nach einem gesellschaftlich vernünftigen Umgang mit «Schuld und Verbrechen» begleiten und ihnen behilflich sein, die vielfältigen Interessenkonflikte einzuordnen.

Die Schweizerische Strafprozessordnung ist geschlechtsneutral formuliert. Soweit Gesetzestexte zitiert werden, habe ich die entsprechenden Formulierungen übernommen. Im Interesse der Lesbarkeit habe ich aber auf eine konsequente Umsetzung verzichtet. Soweit im Text Funktionsbezeichnungen in nicht geschlechtsneutraler Weise verwendet werden, beziehen sie sich selbstverständlich auf alle Geschlechter.

Schliesslich möchte ich mich bei all denen bedanken, die mir bei der Erstellung dieses Buchs behilflich waren. Dank gebührt zunächst allen Kolleginnen und Kollegen aus der Anwaltschaft, der Staatsanwaltschaft, den Gerichten und der Wissenschaft, mit denen ich viele interessante und spannende Diskussionen über Recht und Gerechtigkeit führen durfte. Ein ganz besonderer Dank geht an meine Ehefrau Susanna Gabathuler für die kritische Durchsicht des Manuskripts.

Das Buch beruht auf dem Stand der Gesetzgebung und Rechtsprechung per Mitte 2025.

St. Gallen, im Juli 2025

Inhaltsübersicht

Vorwort.....	V
Inhaltsverzeichnis.....	IX
Abkürzungsverzeichnis.....	XXIII

I. Kapitel: Allgemeine Grundsätze

1. Wesen des Strafprozessrechts.....	3
2. Rechtsquellen.....	15

II. Kapitel: Behörden

3. Strafbehörden.....	27
4. Gerichtliche Neutralität.....	48

III. Kapitel: Zuständigkeit und Rechtshilfe

5. Sachliche und örtliche Zuständigkeit.....	79
6. Amts- und Rechtshilfe.....	101
7. Internationale Rechtshilfe.....	106

IV. Kapitel: Parteien und Verfahrensbeteiligte

8. Beteiligte im Strafverfahren.....	147
9. Beschuldigte Person.....	154
10. Rechtsbeistand und Verteidigung.....	160
11. Privatklägerschaft.....	202

V. Kapitel: Verfahrensrechte und Verfahrensgrundsätze

12. Verfahrensrechte.....	235
13. Schutzmassnahmen.....	268
14. Allgemeine Verfahrensgrundsätze.....	278

VI. Kapitel: Beweismittel und Beweiswürdigung

15. Einvernahme.....	327
16. Zeuge und Auskunftsperson.....	337
17. Sachverständige.....	360
18. Sachliche Beweismittel.....	382
19. Beweiswürdigung.....	386

VII. Kapitel: Prozessuale Zwangsmassnahmen

20. Zwangsmassnahmen allgemein	413
21. Vorladung, Vorführung und Fahndung.....	417
22. Strafprozessualer Freiheitsentzug.....	424
23. Durchsuchung und Untersuchung.....	498
24. Beschlagnahme	544
25. Verdeckte Zwangsmassnahmen.....	567

VIII. Kapitel: Formeller Gang des Strafverfahrens

26. Akten, Entscheide und Fristen	607
27. Vorverfahren.....	637
28. Erstinstanzliches Hauptverfahren.....	672
29. Besondere Verfahrensarten.....	693

IX. Kapitel: Rechtsmittel

30. Allgemeine Rechtsmittelgrundsätze.....	725
31. Rechtsmittel im Einzelnen	746
32. Beschwerde in Strafsachen	784

X. Kapitel: Kosten, Entschädigungen, Rechtskraft und Vollstreckung

33. Kosten und Entschädigungen.....	801
34. Rechtskraft und Vollstreckung	834

Sachregister	845
Gesetzesregister.....	873

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis.....	XXIII

I. Kapitel: Allgemeine Grundsätze.....	1
1. Wesen des Strafprozessrechts	3
1.1 Materielles Recht und Prozessrecht	3
1.2 Besonderheiten der Strafprozessrechtsdogmatik	4
1.3 Strafprozessrecht und Föderalismus	6
1.4 Spannungsverhältnisse im Strafprozess	7
1.4.1 Macht und Machthemmungen.....	7
1.4.2 Verfolgung Schuldiger und Unschuldiger.....	8
1.4.3 Recht und Gerechtigkeit.....	8
1.4.4 Gerechtigkeit und Rechtssicherheit.....	9
1.4.5 Formelle und materielle Wahrheit.....	10
1.5 Strafprozess als Rollenspiel	10
1.6 Strafprozess als zeremonielles Ritual.....	12
1.7 Strafprozess als dynamischer «Prozess»	12
1.8 Funktionswandel des Strafprozesses	13
2. Rechtsquellen	15
2.1 Schweizerische Strafprozessordnung	15
2.2 Europäische Menschenrechtskonvention.....	17
2.3 Weitere Rechtsquellen des Bundes	19
2.4 Rechtsquellen der Kantone	22
II. Kapitel: Behörden	25
3. Strafbehörden	27
3.1 Bestand der Strafbehörden.....	27
3.2 Polizei	28
3.2.1 Allgemeiner Polizeiauftrag	28
3.2.2 Abgrenzung zur gerichtspolizeilichen Tätigkeit	31
3.2.3 Polizeiliche Aufgabenerfüllung durch Private	34
3.3 Staatsanwaltschaft.....	36
3.4 Übertretungsstrafbehörden.....	38
3.5 Gerichte	39
3.5.1 Zwangsmassnahmengericht	40
3.5.2 Erstinstanzliches Gericht	40
3.5.3 Beschwerdeinstanz	43
3.5.4 Berufungsgericht	44

3.6	Justizaufsichtsbehörden.....	45
3.6.1	Aufsicht über die Staatsanwaltschaft.....	45
3.6.2	Justizaufsicht	46
3.6.3	Parlamentarische Oberaufsicht	46
4.	Gerichtliche Neutralität.....	48
4.1	Garantie des verfassungsmässigen Gerichts.....	48
4.1.1	Rechtmässig besetztes Gericht.....	49
4.1.2	Gerichtliche Unabhängigkeit.....	52
4.1.3	Gerichtliche Unparteilichkeit.....	54
4.2	Ausstandsgründe im Einzelnen	55
4.2.1	Persönliches Interesse	55
4.2.2	Besonderes Rechtsverhältnis.....	55
4.2.3	Vorbefassung	56
4.2.4	Verwandtschaft.....	62
4.2.5	Befangenheit.....	63
4.2.6	Freundschaft oder Feindschaft.....	67
4.3	Ausstandsverfahren.....	68
4.3.1	Ausstandsgesuch.....	68
4.3.2	Ausstandsentscheid	71
4.3.3	Folgen des Ausstandsentscheids	75
III.	Kapitel: Zuständigkeit und Rechtshilfe.....	77
5.	Sachliche und örtliche Zuständigkeit.....	79
5.1	Grundsatz der Verfahrenseinheit.....	79
5.2	Zuständigkeit des Bundes und der Kantone	83
5.3	Innerkantonaler Gerichtsstand.....	85
5.4	Interkantonaler Gerichtsstand.....	86
5.4.1	Gesetzliche Anknüpfungsnormen.....	86
5.4.1.1	Allgemeiner Gerichtsstand des Tatorts	86
5.4.1.2	Auslandtat oder unbekannter Tatort.....	89
5.4.1.3	Zusammentreffen von Straftaten.....	90
5.4.1.4	Zusammentreffen von Beteiligten.....	92
5.4.1.5	Besondere Gerichtsstände	93
5.4.2	Abklärungen zum Gerichtsstand	95
5.4.3	Gesuch um Bestimmung des Gerichtsstands.....	97
5.4.4	Bestreitung des Gerichtsstands durch eine Partei	98
5.4.5	Abweichen vom gesetzlichen Gerichtsstand.....	99
6.	Amts- und Rechtshilfe.....	101
6.1	Allgemeine Grundsätze.....	101
6.2	Verfahren	103
7.	Internationale Rechtshilfe.....	106
7.1	Zwischenstaatliche Vereinbarungen	107
7.2	Innerstaatliche Regelung.....	107

7.3	Allgemeine Grundsätze der internationalen Rechtshilfe	111
7.3.1	Verfahrensart und Verfahrensmaterie	111
7.3.2	Deliktsart	112
7.3.3	Rechtsstaatliche Verfahrensgarantien	115
7.3.4	Gegenrechtserklärung	117
7.3.5	Beidseitige Strafbarkeit	118
7.3.6	Spezialitätsvorbehalt	118
7.4	Arten von Rechtshilfemassnahmen	120
7.4.1	Auslieferung und stellvertretende Strafverfolgung	120
7.4.1.1	Voraussetzungen	120
7.4.1.2	Verfahren	123
7.4.2	Andere Rechtshilfe	124
7.4.3	Vollstreckung von Strafscheiden	125
7.4.4	Gemeinsame Ermittlungsgruppe	126
7.5	Verfahren der internationalen Rechtshilfe	127
7.5.1	Polizeilicher Informationsaustausch	127
7.5.2	Zuständigkeiten und Verfahren	129
7.5.3	Anforderungen an das Ersuchen	130
7.5.4	Anwendbare Rechtsordnung	131
7.5.5	Teilnahme- und Anwesenheitsrechte	132
7.5.6	Schutz des Geheimbereichs	133
7.5.7	Schlussverfügung	135
7.5.8	Übermassverbot und unaufgeforderte Übermittlung	136
7.6	Rechtsschutz und Rechtsmittel	137
7.6.1	Beschwerdeinstanz	138
7.6.2	Anfechtungsobjekt	139
7.6.3	Beschwerdelegitimation	140
7.6.4	Beschwerdeverfahren	142
IV.	Kapitel: Parteien und Verfahrensbeteiligte	145
8.	Beteiligte im Strafverfahren	147
8.1	Prozessrollen	147
8.2	Parteifähigkeit	149
8.3	Verhandlungsfähigkeit	150
8.4	Prozessfähigkeit	151
9.	Beschuldigte Person	154
9.1	Begriff	154
9.2	Rollenwechsel der beschuldigten Person	154
9.3	Mitwirkungsverweigerungsrecht	156
10.	Rechtsbeistand und Verteidigung	160
10.1	Rechtsbeistand	160
10.2	Verteidigung	161
10.3	Vermeidung von Interessenkollisionen	162

10.4	Anspruch auf effektive Verteidigung	164
10.4.1	Rolle der Verteidigung	164
10.4.2	Gerichtliche Fürsorgepflicht.....	164
10.4.3	Unabhängigkeit.....	166
10.4.4	Verschwiegenheit.....	168
10.4.5	Standesrechtliche Pflichten	169
10.5	Rechtsnatur der Verteidigung	172
10.6	Notwendige und fakultative Verteidigung.....	173
10.6.1	Voraussetzungen der notwendigen Verteidigung	173
10.6.2	Verfahren der notwendigen Verteidigung.....	176
10.6.3	Notwendige Verteidigung und Wahlverteidigung.....	177
10.7	Private und amtliche Verteidigung	179
10.7.1	Voraussetzungen der amtlichen Verteidigung.....	181
10.7.1.1	Verfahrensart	182
10.7.1.2	Bedeutung des Falles	182
10.7.1.3	Erfolgsaussichten	185
10.7.1.4	Bedürftigkeit.....	187
10.7.2	Verfahren der amtlichen Verteidigung	190
10.7.3	Einsetzung der amtlichen Verteidigung.....	192
10.7.4	Wechsel der amtlichen Verteidigung	194
10.7.5	Entschädigung der amtlichen Verteidigung.....	195
10.7.5.1	Bemessungsgrundsätze.....	195
10.7.5.2	Kostenbeschwerde	199
10.7.5.3	Ausschliesslichkeit der Entschädigung.....	200
10.8	Massnahmen bei Missbrauch der Parteirechte.....	201
11.	Privatklägerschaft.....	202
11.1	Begriffsklärung	202
11.2	Geschädigte Person	203
11.2.1	Trägerin des geschützten Rechtsguts	203
11.2.2	Öffentliche und private Rechtsgüter	205
11.2.3	Juristische Personen und Personengesellschaften	209
11.3	Opfer	211
11.3.1	Opferhilfegesetz	211
11.3.2	Begriff des Opfers	212
11.4	Privatklägerschaft	214
11.4.1	Recht auf Zulassung	214
11.4.2	Verfahrensrechte.....	216
11.4.3	Rechtsnachfolge.....	217
11.4.4	Unentgeltliche Rechtspflege	219
11.5	Zivilklage.....	225
11.5.1	Voraussetzungen.....	225
11.5.2	Verfahren	227
11.5.3	Entscheid	229
V. Kapitel:	Verfahrensrechte und Verfahrensgrundsätze	233
12.	Verfahrensrechte	235
12.1	Rechtliches Gehör.....	235

12.2	Informationsrechte	237
12.2.1	Rechtsbelehrung	237
12.2.2	Art und Grund der Beschuldigung	239
12.2.3	Akteneinsicht	240
12.2.3.1	Akteneinsicht der Parteien	240
12.2.3.2	Akteneinsicht von Drittpersonen	244
12.2.3.3	Einsicht in archivierte Akten	246
12.2.4	Übersetzung	248
12.2.5	Begründung	250
12.3	Mitwirkungsrechte	251
12.3.1	Eingaben der Beteiligten	251
12.3.2	Eigene Ermittlungen	253
12.3.3	Beweisantrag	255
12.3.4	Konfrontation mit Belastungszeugen	257
12.3.5	Teilnahme an Beweiserhebungen	261
12.3.6	Teilnahme der Verteidigung	266
13.	Schutzmassnahmen	268
13.1	Voraussetzungen für Schutzmassnahmen	268
13.2	Beschränkung von Verfahrensrechten	268
13.3	Wahrung der Anonymität	269
13.4	Massnahmen zum Schutz verdeckter Ermittler	271
13.5	Massnahmen zum Schutz von Opfern	272
13.5.1	Informationsrechte	272
13.5.2	Andere Verfahrensrechte	273
13.5.3	Vermeidung einer Gegenüberstellung	275
13.6	Zeugenschutz	277
14.	Allgemeine Verfahrensgrundsätze	278
14.1	Fairnessgebot	278
14.2	Offizialmaxime	281
14.2.1	Verfolgungszwang	281
14.2.2	Antragsdelikte	281
14.2.3	Ermächtigungsdelikte	285
14.2.3.1	Parlamentarische Immunität	285
14.2.3.2	Beamtenrechtliche Ermächtigung	286
14.3	Legalitäts- und Opportunitätsprinzip	289
14.3.1	Legalitätsprinzip	289
14.3.2	Opportunitätsprinzip	291
14.3.3	Mediation	295
14.4	Untersuchungsgrundsatz	296
14.5	Verbot der doppelten Strafverfolgung	297
14.6	Anklagegrundsatz	301
14.7	Unmittelbarkeitsprinzip	306
14.8	Beschleunigungsgebot	307
14.9	Öffentlichkeitsprinzip	310
14.9.1	Parteioffentlichkeit im Vorverfahren	311
14.9.1.1	Mitteilungen an andere Behörden	312
14.9.1.2	Mitteilungen an die Öffentlichkeit	314

14.9.2	Publikumsöffentlichkeit im Gerichtsverfahren	316
14.9.2.1	Öffentliche Gerichtsverhandlung	316
14.9.2.2	Ausschluss der Öffentlichkeit.....	317
14.9.3	Öffentliche Urteilsverkündung	319
14.9.4	Gerichtsberichterstattung.....	321
VI. Kapitel: Beweismittel und Beweiswürdigung.....		325
15. Einvernahme		327
15.1	Allgemeine Bestimmungen.....	327
15.2	Einvernahme der beschuldigten Person.....	331
15.3	Unzulässige Einvernahmemethoden.....	332
15.3.1	Freiheit zur Aussage	332
15.3.2	Freiheit der Aussage	334
16. Zeuge und Auskunftsperson.....		337
16.1	Begriffe des Zeugen und der Auskunftsperson.....	337
16.2	Zeugenpflichten	340
16.3	Zeugnisverweigerungsrecht.....	341
16.3.1	Persönliche Beziehungen	341
16.3.2	Eigener oder Schutz nahestehender Personen.....	343
16.3.3	Amtsgeheimnis.....	343
16.3.4	Berufsgeheimnis.....	344
16.3.5	Quellenschutz der Medienschaffenden	349
16.3.6	Weitere Geheimhaltungspflichten.....	351
16.4	Einvernahme als Zeugin oder Zeuge	352
16.5	Einvernahme als Auskunftsperson.....	355
16.6	Glaubhaftigkeitsprüfung.....	356
17. Sachverständige		360
17.1	Problematik des Sachverständigenbeweises	360
17.2	Begriff und Aufgaben der sachverständigen Person	361
17.3	Voraussetzungen der Begutachtung	362
17.4	Ernennung und Auftrag der sachverständigen Person	363
17.4.1	Fachliche Qualifikation	363
17.4.2	Persönliche Ausführung und Delegation	364
17.4.3	Ausstand	365
17.4.4	Auftrag.....	368
17.5	Ausarbeitung des Gutachtens.....	371
17.5.1	Methoden der Begutachtung	371
17.5.2	Beizug der sachverständigen Person.....	372
17.5.3	Erhebungen der sachverständigen Person.....	373
17.5.4	Aktengutachten	377
17.5.5	Ambulante und stationäre Begutachtung.....	377
17.5.6	Form des Gutachtens	378
17.6	Privatgutachten.....	379
17.7	Würdigung des Gutachtens	379

18. Sachliche Beweismittel	382
18.1 Augenschein	382
18.2 Beizug von Akten und Einholen von Auskünften	383
19. Beweiswürdigung	386
19.1 Beweismittel als Grundlage der Beweiswürdigung	386
19.2 Strafprozess als Weg zur Entscheidung	387
19.3 Unschuldsvermutung	388
19.4 Freie Beweiswürdigung	389
19.5 In dubio pro reo	390
19.6 Beweisverbote	393
19.6.1 Beweiserhebungsverbot	394
19.6.2 Beweismethodenverbot	394
19.6.3 Beweisverwertungsverbot	395
19.6.3.1 Absolutes Beweisverwertungsverbot	396
19.6.3.2 Relatives Beweisverwertungsverbot	397
19.6.4 Fernwirkung des Beweisverwertungsverbots	399
19.6.5 Ausscheidung von Beweisen	401
19.7 Privat beschaffte Beweise	404
19.8 Bindungswirkung anderer Verfahren	408
VII. Kapitel: Prozessuale Zwangsmassnahmen	411
20. Zwangsmassnahmen allgemein	413
21. Vorladung, Vorführung und Fahndung	417
21.1 Vorladung	417
21.2 Polizeiliche Vorführung	419
21.3 Freies Geleit	420
21.4 Fahndung	420
21.4.1 Ausschreibung	421
21.4.2 Mithilfe der Öffentlichkeit bei der Fahndung	422
22. Strafprozessualer Freiheitsentzug	424
22.1 Allgemeine Bestimmungen	424
22.2 Polizeiliche Anhaltung und vorläufige Festnahme	425
22.2.1 Polizeiliche Anhaltung	425
22.2.2 Polizeiliche Razzia	428
22.2.3 Vorläufige Festnahme	428
22.3 Haftgründe	431
22.3.1 Dringender Tatverdacht als allgemeiner Haftgrund	431
22.3.2 Besondere Haftgründe	433
22.3.2.1 Kollusionsgefahr	434
22.3.2.2 Fluchtgefahr	437
22.3.2.3 Einfache Wiederholungsgefahr	439
22.3.2.4 Qualifizierte Wiederholungsgefahr	443
22.3.2.5 Ausführungsgefahr	444

22.4	Haftdauer	446
22.5	Ersatzmassnahmen für Haft.....	449
22.5.1	Ersatzmassnahmen im Allgemeinen.....	449
22.5.2	Sicherheitsleistung.....	452
22.6	Haftverfahren	454
22.6.1	Untersuchungs- und Sicherheitshaft	454
22.6.2	Anordnung der Untersuchungshaft.....	455
22.6.2.1	Staatsanwaltschaft	455
22.6.2.2	Zwangsmassnahmengericht.....	456
22.6.2.3	Fristen.....	460
22.6.2.4	Haftverlängerung.....	461
22.6.2.5	Haftentlassungsgesuch.....	464
22.6.3	Anordnung der Sicherheitshaft	465
22.6.3.1	Während des Gerichtsverfahrens	465
22.6.3.2	Nach dem erstinstanzlichen Urteil.....	466
22.6.3.3	Während des Berufungsverfahren.....	470
22.6.3.4	Nach rechtskräftiger Verurteilung	471
22.6.3.5	Nachträgliche Entscheide des Gerichts	472
22.7	Haftbeschwerde	474
22.7.1	Klarstellung des Gesetzgebers	474
22.7.2	Allgemeine Verfahrensregeln	476
22.7.3	Konsequenzen einer geschützten Haftbeschwerde.....	478
22.8	Vollzug der Untersuchungshaft.....	480
22.8.1	Allgemeine Grundsätze.....	480
22.8.2	Vollzugsort	483
22.8.3	Hafterstehungsfähigkeit	484
22.8.4	Freier Verkehr mit der Verteidigung.....	486
22.8.5	Freiräume innerhalb der Anstalt	487
22.8.6	Kontakte zur Aussenwelt	490
22.8.6.1	Besuche	490
22.8.6.2	Briefzensur.....	491
22.8.6.3	Weitere Einzelthemen	493
22.8.7	Sicherungs- und Disziplinar-massnahmen	494
22.9	Vorzeitiger Straf- und Massnahmenvollzug	494
23.	Durchsuchung und Untersuchung	498
23.1	Editionsaufforderung	498
23.2	Anordnung und Durchführung	499
23.3	Hausdurchsuchung	501
23.4	Durchsuchung von Aufzeichnungen.....	503
23.4.1	Schutz von Geheimhaltungsinteressen	503
23.4.2	Vorläufige Sicherstellung	504
23.4.3	Siegelung.....	506
23.4.3.1	Legitimation.....	507
23.4.3.2	Fristen.....	509
23.4.3.3	Siegelungsbegehren	510
23.4.4	Entsiegelungsverfahren	513
23.4.5	Entsiegelungsentscheid.....	517
23.4.6	Ausscheidung.....	519

23.4.7	Durchsuchungsverbot.....	523
23.4.7.1	Verkehr mit der Verteidigung.....	524
23.4.7.2	Persönliche Aufzeichnungen.....	526
23.4.7.3	Verkehr mit Berufsheimnisträgern.....	527
23.4.7.4	Verkehr mit Anwälten.....	529
23.5	Durchsuchung von Personen.....	529
23.6	Untersuchung von Personen.....	531
23.7	DNA-Analysen und DNA-Datenbank.....	533
23.8	Erkennungsdienstliche Erfassung.....	541
23.9	Schrift- und Sprachproben.....	543
24.	Beschlagnahme.....	544
24.1	Allgemeine Voraussetzungen.....	544
24.2	Beweisbeschlagnahme.....	546
24.3	Einziehungsbeschlagnahme.....	546
24.3.1	Sicherungseinziehung.....	547
24.3.2	Einziehung von Vermögenswerten.....	550
24.3.2.1	Ausgleichseinziehung.....	550
24.3.2.2	Ersatzforderung.....	554
24.3.2.3	Verwendung zugunsten Geschädigter.....	558
24.4	Kostendeckungsbeschlagnahme.....	558
24.5	Durchführung der Beschlagnahme.....	561
24.5.1	Beschlagnahmebefehl.....	561
24.5.2	Aufhebung der Beschlagnahme.....	563
24.5.3	Teilung eingezogener Vermögenswerte.....	565
25.	Verdeckte Zwangsmassnahmen.....	567
25.1	Offene und verdeckte Zwangsmassnahmen.....	567
25.2	Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs.....	568
25.2.1	Anwendungsbereich.....	568
25.2.1.1	Kommunikationsvorgänge.....	568
25.2.1.2	Gesetzliche Grundlagen.....	570
25.2.1.3	Randdaten.....	570
25.2.1.4	Besondere Formen der Überwachung.....	572
25.2.2	Voraussetzungen.....	574
25.2.3	Überwachte Anschlüsse.....	576
25.2.4	Anordnung und Genehmigung.....	579
25.2.5	Durchführung.....	581
25.2.6	Zufallsfunde.....	583
25.2.7	Nachträgliche Mitteilung und Beschwerde.....	585
25.3	Technische Überwachungsgeräte.....	587
25.4	Observation.....	591
25.5	Überwachung von Bankbeziehungen.....	592
25.6	Verdeckte Ermittlung und verdeckte Fahndung.....	594
25.6.1	Abgrenzung.....	594
25.6.2	Verdeckte Fahndung.....	595

25.6.3	Verdeckte Ermittlung	598
25.6.3.1	Anordnung und Genehmigung	598
25.6.3.2	Durchführung	600
25.6.3.3	Einwirkung auf die Zielperson	602
25.6.3.4	Folgen einer unzulässigen Einwirkung	604
VIII. Kapitel: Formeller Gang des Strafverfahrens		605
26. Akten, Entscheide und Fristen		607
26.1	Aktenführung	607
26.2	Protokollierung	609
26.2.1	Bedeutung des Protokolls	609
26.2.2	Verfahrensprotokoll	610
26.2.3	Einvernahmeprotokoll	611
26.2.4	Protokollberichtigung	613
26.3	Entscheide, Beschlüsse, Verfügungen	613
26.3.1	Klassifikation der Entscheide	613
26.3.2	Form, Inhalt und Begründung	615
26.3.3	Eröffnung	619
26.3.4	Zustellung	620
26.3.4.1	Zustelladressaten und Zustelldomizil	620
26.3.4.2	Form der Zustellung	622
26.3.4.3	Zustellfiktion	623
26.3.4.4	Öffentliche Bekanntmachung	626
26.3.5	Erläuterung und Berichtigung	628
26.4	Fristen und Termine	629
26.4.1	Fristberechnung	629
26.4.2	Fristwahrung	630
26.4.3	Wiederherstellung von Fristen	634
27. Vorverfahren		637
27.1	Vorverfahren und Hauptverfahren	637
27.2	Anzeige	637
27.2.1	Anzeigerecht	638
27.2.2	Anzeigepflicht	639
27.3	Polizeiliches Ermittlungsverfahren	641
27.3.1	Polizeiliche Informationsbeschaffung	641
27.3.2	Selbstständiges polizeiliches Ermittlungsverfahren	643
27.4	Ermittlung und Untersuchung	645
27.4.1	Abgrenzung	645
27.4.2	Polizeiliche Rapportierung	646
27.4.3	Polizeiliche Mitwirkung in der Untersuchung	647
27.5	Untersuchung durch die Staatsanwaltschaft	649
27.5.1	Eröffnung der Untersuchung	649
27.5.2	Nichtanhandnahmeverfügung	653
27.5.3	Durchführung der Untersuchung	655
27.5.4	Sistierung der Untersuchung	656
27.5.5	Vergleich	658

27.6	Abschluss der Untersuchung	659
27.7	Einstellung des Verfahrens	660
27.7.1	Materiell-rechtliche Einstellungsgründe	661
27.7.2	Weitere Einstellungsgründe	663
27.7.3	Teileinstellung	664
27.7.4	Verfahren der Einstellung	665
27.7.5	Wiederaufnahme des eingestellten Verfahrens	668
27.8	Anklageerhebung	669
28.	Erstinstanzliches Hauptverfahren	672
28.1	Rechtshängigkeit	672
28.2	Immutabilität der Anklage	673
28.3	Vorbereitung der Hauptverhandlung	678
28.3.1	Prüfung der Anklage	678
28.3.2	Einstellung des Verfahrens	678
28.3.3	Anordnungen zur Hauptverhandlung	679
28.4	Durchführung der Hauptverhandlung	680
28.4.1	Gerichtsbesetzung	680
28.4.2	Parteien und Verfahrensbeteiligte	681
28.4.3	Sitzungspolizeiliche Massnahmen	683
28.4.4	Vor- und Zwischenfragen	684
28.4.5	Beweisverfahren	685
28.4.6	Parteivorträge	688
28.4.7	Gerichtlicher Entscheid	689
28.5	Zweiteilung der Hauptverhandlung	691
29.	Besondere Verfahrensarten	693
29.1	Übertretungsstrafverfahren	693
29.1.1	Ordnungsbussenverfahren	693
29.1.2	Verwaltungsstrafverfahren	695
29.2	Strafbefehl	695
29.2.1	Voraussetzungen des Strafbefehls	696
29.2.2	Verfahren des Strafbefehls	697
29.2.3	Einsprache gegen den Strafbefehl	699
29.2.4	Einspracheverzicht und Einspracherückzug	701
29.2.5	Rückzugsfiktion	702
29.2.6	Gerichtliche Beurteilung	704
29.3	Abgekürztes Verfahren	707
29.3.1	Informelle Absprachen	707
29.3.2	Anklageschrift	708
29.3.3	Urteil	710
29.4	Selbstständige nachträgliche Entscheide	711
29.5	Abwesenheitsverfahren	714
29.6	Selbstständige Massnahmeverfahren	717
29.6.1	Friedensbürgschaft	717
29.6.2	Verfahren bei einer schuldunfähigen Person	718
29.6.3	Selbstständiges Einziehungsverfahren	720

IX. Kapitel: Rechtsmittel	723
30. Allgemeine Rechtsmittelgrundsätze	725
30.1 Arten von Rechtsmitteln	725
30.2 Rechtsmittelsystem	726
30.3 Rechtsmittellegitimation	728
30.3.1 Legitimation der Staatsanwaltschaft.....	728
30.3.2 Legitimation der Bundesbehörden.....	731
30.3.3 Legitimation der übrigen Parteien	731
30.4 Allgemeine Rechtsmittelbestimmungen.....	733
30.4.1 Dispositionsmaxime	734
30.4.2 Endgültige oder nicht anfechtbare Entscheide.....	735
30.4.3 Anfechtungsobjekt	735
30.4.4 Aktuelles Rechtsschutzinteresse.....	736
30.4.5 Sicherheitsleistung der Privatklägerschaft.....	737
30.4.6 Rügegründe.....	738
30.4.7 Rechtsmittelverfahren	738
30.4.7.1 Rechtsmittelfrist.....	738
30.4.7.2 Begründung und Form.....	739
30.4.7.3 Aufschiebende Wirkung.....	740
30.4.7.4 Vorsorgliche Massnahmen	741
30.4.7.5 Beweisergänzungen	742
30.4.7.6 Schriftliches Verfahren.....	742
30.4.7.7 Rechtsmittelentscheid	743
30.4.8 Wirksame Beschwerde nach Art. 13 EMRK.....	744
31. Rechtsmittel im Einzelnen	746
31.1 Beschwerde.....	746
31.1.1 Anfechtungsobjekt	746
31.1.2 Beschwerdeverfahren	748
31.1.3 Beschwerdeentscheid.....	750
31.2 Berufung.....	752
31.2.1 Anfechtungsobjekt	752
31.2.2 Berufungsanmeldung und -erklärung.....	754
31.2.2.1 Beschränkung der Anfechtung.....	755
31.2.2.2 Anschlussberufung.....	756
31.2.3 Berufungsverfahren	759
31.2.3.1 Mündliches Verfahren	760
31.2.3.2 Vorladung der Parteien	763
31.2.3.3 Schriftliches Verfahren.....	765
31.2.4 Berufungsentscheid.....	768
31.2.4.1 Reformatorischer Entscheid.....	768
31.2.4.2 Schlechterstellungsverbot.....	769
31.2.4.3 Ausdehnung von Rechtsmitteln.....	772
31.2.5 Verfahren nach Aufhebung und Rückweisung.....	773
31.3 Revision	775
31.3.1 Anfechtungsobjekt	775
31.3.2 Revisionsgründe	776

31.3.2.1	Neue Tatsachen oder Beweismittel.....	776
31.3.2.2	Andere Revisionsgründe	779
31.3.3	Revisionsverfahren.....	780
31.3.4	Revisionsentscheid	781
32.	Beschwerde in Strafsachen	784
32.1	Anfechtungsobjekt	784
32.1.1	Entscheide in Strafsachen.....	784
32.1.2	Vorinstanzen.....	786
32.1.3	Endentscheide, Vor- und Zwischenentscheide	787
32.2	Legitimation	788
32.2.1	Legitimation im Allgemeinen	788
32.2.2	Staatsanwaltschaft	789
32.2.3	Parteien und andere Verfahrensbeteiligte.....	792
32.3	Beschwerdebegründung	794
32.4	Beschwerdeverfahren.....	797
32.5	Beschwerdeentscheid	798
X. Kapitel:	Kosten, Entschädigungen, Rechtskraft und Vollstreckung	799
33.	Kosten und Entschädigungen.....	801
33.1	Kosten des Strafverfahrens	801
33.1.1	Verfahrenskosten.....	801
33.1.1.1	Gebühren.....	801
33.1.1.2	Auslagen.....	802
33.1.2	Allgemeine Kostenbestimmungen.....	803
33.1.2.1	Fehlerhafte Verfahrenshandlungen	803
33.1.2.2	Haftung von Drittpersonen.....	804
33.1.2.3	Rückgriff.....	805
33.1.3	Kostenentscheid.....	807
33.1.4	Kostenverlegung.....	808
33.1.4.1	Beschuldigte Person.....	809
33.1.4.2	Privatklägerschaft.....	812
33.1.4.3	Antragstellende Person.....	813
33.1.4.4	Rechtsmittelverfahren.....	814
33.1.4.5	Kostenauflage an die Rechtsvertretung.....	816
33.2	Entschädigung und Genugtuung.....	817
33.2.1	Vorbemerkungen und Kostenträger	817
33.2.2	Ansprüche der beschuldigten Person.....	818
33.2.2.1	Verteidigungskosten	819
33.2.2.2	Wirtschaftliche Einbussen.....	822
33.2.2.3	Genugtuung und Haftentschädigung	824
33.2.3	Ansprüche der Privatklägerschaft und Dritter	829
33.2.4	Entschädigung im Rechtsmittelverfahren.....	830
33.2.5	Entschädigungsverfahren.....	832

34. Rechtskraft und Vollstreckung.....	834
34.1 Formelle Rechtskraft.....	834
34.2 Vollstreckung der Strafentscheide	836
34.2.1 Rechtliche Grundlagen.....	836
34.2.2 Freiheitsentziehende Strafen und Massnahmen	838
34.2.3 Geldstrafen, Bussen und Verfahrenskosten.....	840
34.3 Begnadigung.....	842
 Sachregister	 845
Gesetzesregister.....	873

Abkürzungsverzeichnis

Es werden nur die Abkürzungen für Gesetze und Periodika aufgeführt. Im Übrigen werden die gebräuchlichen Abkürzungen verwendet.

AFIS	Automatisiertes Fingerabdruckidentifizierungssystem
AIG	BG über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration vom 16. Dezember 2005 (Ausländer- und Integrationsgesetz); SR 142.20
Anerk.-VO	VO des EJPD über die Anerkennung von Plattformen für die sichere Zustellung im Rahmen von rechtlichen Verfahren vom 16. September 2014; SR 272.11
AnlageVO	VO über die Anlage beschlagnahmter Vermögenswerte vom 3. Dezember 2010; SR 312.057
ATSG	BG über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts vom 6. Oktober 2000; SR 830.1
AWK	Anwaltskammer
BAKOMVO	VO des BAKOM über Zertifizierungsdienste im Bereich der elektronischen Signatur und anderer Anwendungen digitaler Zertifikate vom 23. November 2016; SR 943.032.1
BankG	BG über die Banken und Sparkassen vom 8. November 1934; SR 952.0
BAP	Bundesamt für Polizei (fedpol)
BBl	Bundesblatt
BEKJ	BG über die Plattformen für die elektronische Kommunikation in der Justiz vom 20. Dezember 2024; BBl 2025, 19
BetmG	BG über die Betäubungsmittel vom 3. Oktober 1951; SR 812.121
BG	Bundesgesetz
BGA	BG über die Archivierung vom 26. Juni 1998; SR 152.1
BGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts
BGer	Bundesgericht
BGerR	Reglement für das Bundesgericht vom 20. November 2006; SR 173.110.131
BGFA	BG über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte vom 23. Juni 2000; SR 935.61
BGG	BG über das Bundesgericht vom 17. Juni 2005; SR 173.110
BGH	Bundesgerichtshof (Deutschland)

BGÖ	BG über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung vom 17. Dezember 2004; SR 152.3
BG-RVUS	BG zum Staatsvertrag mit den Vereinigten Staaten von Amerika über gegenseitige Rechtshilfe in Strafsachen vom 3. Oktober 1975; SR 351.93
BGST	BG über die Sicherheitsorgane der Transportunternehmen im öffentlichen Verkehr vom 18. Juni 2010; SR 745.2
BJ	Bundesamt für Justiz
BPG	Bundespersonalgesetz vom 24. März 2000; SR 172.220.1
BPI	BG über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes vom 13. Juni 2008; SR 361
BPS	BG über die im Ausland erbrachten privaten Sicherheitsdienstleistungen vom 27. November 2013; SR 935.41
BStG	Bundesstraßengericht
BStKR	Reglement des Bundesstraßengerichts über die Kosten, Gebühren und Entschädigungen in Bundesstrafverfahren vom 31. August 2010; SR 173.713.162
BSV	VO über die Schifffahrt auf schweizerischen Gewässern (Binnenschifffahrtsverordnung) vom 8. November 1978; SR 747.201.1
BÜPF	BG betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs vom 18. März 2016; SR 780.1
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. Dezember 1998; SR 101
BVE	BG über die verdeckte Ermittlung vom 20. Juni 2003; SR 312.8 (aufgehoben)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht (Deutschland)
BVG	BG über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vom 25. Juni 1982; SR 831.40
BWIS	BG über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit vom 21. März 1997; SR 120
CODIS	Combined DNA Index System; von fedpol betriebenes DNA-Profil-Informationssystem
DBG	BG über die direkte Bundessteuer vom 14. Dezember 1990; SR 642.11
DNA-Profil-G	BG über die Verwendung von DNA-Profilen im Strafverfahren vom 20. Juni 2003; SR 363
DNA-Profil-VO	VO über die Verwendung von DNA-Profilen im Strafverfahren vom 3. Dezember 2004; SR 363.1
DSG	BG über den Datenschutz vom 25. September 2020; SR 235.1

EAUe	Europäisches Auslieferungsübereinkommen vom 13. Dezember 1957; SR 0.353.1
ED-VO	VO über die Bearbeitung biometrischer erkennungsdienstlicher Daten vom 6. Dezember 2013; SR 361.3
EDBÖ	Eidgenössischer Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragter
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGMR VO	Verfahrensordnung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 4. November 1998; SR 0.101.2
EG-StPO-SG	St. Gallisches Einführungsgesetz zur Schweizerischen Straf- und Jugendstrafprozessordnung vom 3. August 2010; sGS 962.1
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EKMR	Europäische Kommission für Menschenrechte
ELG	BG über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung vom 19. März 1965; SR 831.30
ELPAG-VO	VO über das elektronische Personen-, Akten- und Geschäftsverwaltungssystem des Bundesamtes für Justiz vom 23. September 2016; SR 351.12
EL-Übermittlung	VO über die elektronische Übermittlung im Rahmen von Zivil- und Strafprozessen sowie von Schuldbetreibungs- und Konkursverfahren vom 18. Juni 2010; SR 272.1
EmbG	BG über die Durchsetzung von internationalen Sanktionen (Embargogesetz) vom 22. März 2001; SR 946.231
EMRK	Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950; SR 0.101
EUeR	Europäisches Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959; SR 0.351.1
EÜBF	Europäisches Übereinkommen über die Berechnung von Fristen vom 16. Mai 1973; SR 0.221.122.3
EÜBT	Europäisches Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus vom 27. Januar 1977; SR 0.353.3
FinfraG	BG über die Finanzmarktinfrastrukturen und das Marktverhalten im Effekten- und Derivatehandel (Finanzmarktinfrastukturgesetz) vom 19. Juni 2015; SR 958.1
FINMAG	BG über die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (Finanzmarktaufsichtsgesetz) vom 22. Juni 2007; SR 956.1
FMG	Fernmeldegesetz vom 30. April 1997; SR 784.10
FZA	Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit vom 21. Juni 1999; SR 0.142.112.681
G	Gesetz

GefängnisVO-SG	St. Gallische VO über die Gefängnisse und Vollzugsanstalten vom 13. Juni 2000; sGS 962.14
GerG-SG	St. Gallisches Gerichtsgesetz vom 2. April 1987; sGS 941.1
Gerichtsbericht	Richtlinien betreffend die Gerichtsberichterstattung am Bundesgericht vom 6. November 2006; SR 173.110.133
GO-SG	St. Gallische Gerichtsordnung vom 9. Dezember 2010; sGS 941.21
GwG	BG über die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung vom 10. Oktober 1997 (Geldwäschereigesetz); SR 955.0
GwÜ	Übereinkommen über Geldwäscherei sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten vom 8. November 1990; SR 0.311.53
Haager-UeK	Übereinkunft betreffend Zivilprozessrecht, abgeschlossen in Den Haag am 1. März 1954; SR 0.274.12
HonO-SG	St. Gallische Honorarordnung für Rechtsanwälte und Rechtsgängen vom 22. April 1994; sGS 963.75
Interpol-VO	VO über das Nationale Zentralbüro Interpol Bern vom 21. Juni 2013; SR 366.1
IPAS-VO	VO über das informatisierte Personennachweis-, Aktennachweis- und Verwaltungssystem im Bundesamt für Polizei vom 15. Oktober 2008; SR 361.2
IPRG	BG über das internationale Privatrecht vom 18. Dezember 1987; SR 291
IRSG	BG über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. März 1981; SR 351.1
IRSV	VO über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen vom 24. Februar 1982; SR 351.11
ISG	BG über die Informationssicherheit (Informationssicherheitsgesetz) vom 18. Dezember 2020; SR 128
JANUS-VO	VO über das Informationssystem der Bundeskriminalpolizei vom 15. Oktober 2008; SR 360.2
JStG	BG über das Jugendstrafrecht vom 20. Juni 2003 (Jugendstrafgesetz); SR 311.1
JStPO	Schweizerische Jugendstrafprozessordnung vom 20. März 2009 (Jugendstrafprozessordnung); SR 312.1
KESB	Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde
KKJPD	Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren
KSBS	Konferenz der Strafverfolgungsbehörden der Schweiz
LFG	BG über die Luftfahrt; SR 748.0

LSMG	BG über die Leistungen des Bundes für den Straf- und Massnahmenvollzug vom 5. Oktober 1984; SR 341
LSMV	VO über die Leistungen des Bundes für den Straf- und Massnahmenvollzug vom 21. November 2007; SR 341.1
MAG	Militärappellationsgericht
MGwV	Verordnung über die Meldestelle für Geldwäscherei vom 25. August 2004; SR 955.23
Mitteilung VO	VO über die Mitteilung kantonaler Strafentscheide vom 10. November 2004; SR 312.3
MJV	VO über die Militärjustiz vom 22. November 2017; SR 516.41
MKG	Militärkassationsgericht
MKGE	Entscheidungen des Militärkassationsgerichts
MStG	Militärstrafgesetz vom 13. Juni 1927; SR 321.0
MStP	Militärstrafprozess vom 23. März 1979; SR 322.1
MStV	VO über die Militärstrafrechtspflege vom 24. Oktober 1979; SR 322.2
NG	Nachtragsgesetz
N-SIS-VO	Verordnung über den nationalen Teil des Schengener Informationssystems (N-SIS) und das SIRENE-Büro vom 8. März 2013; SR 362.0
OBG	Ordnungsbussengesetz vom 18. März 2016; SR 314.1
OBV	Ordnungsbussenverordnung vom 16. Januar 2019; SR 314.11
OHG	BG über die Hilfe an Opfer von Straftaten vom 23. März 2007; SR 312.5
OHV	VO über die Hilfe an Opfer von Straftaten vom 27. Februar 2008; SR 312.51
OR	BG betreffend die Ergänzung des Zivilgesetzbuchs (Fünfter Teil: Obligationenrecht) vom 30. März 1911; SR 220
ParlG	BG über die Bundesversammlung vom 13. Dezember 2002; SR 171.10
PartG	BG über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare vom 18. Juni 2004 (Partnerschaftsgesetz); SR 211.231
PatGG	BG über das Bundespatentgericht vom 20. März 2009 (Patentgerichtsgesetz); SR 173.41
PG	Postgesetz vom 30. April 1997; SR 783.0
PolG-SG	St. Gallisches Polizeigesetz vom 10. April 1980; sGS 451.1
Polizeiindex VO	Verordnung über den Nationalen Polizeiindex vom 15. Oktober 2008; SR 361.4

PolTrans	Übereinkunft betreffend die Polizeitransporte vom 23. Juni 1909; SR 354.1
PPGV-ZH	Zürcherische VO über psychiatrische und psychologische Gutachten in Straf- und Zivilverfahren vom 1./8. September 2010; ZH-lex 321.4
ReRBGer	Reglement des Bundesgerichts über den elektronischen Rechtsverkehr mit Parteien und Vorinstanzen vom 20. Februar 2017; SR 173.110.29
Revision StPO 2022	Schweizerische Strafprozessordnung; Änderungen vom 17. Juni 2022; in Kraft seit 1. Januar 2024; BBl 2022, 1560
RIPOL-VO	VO über das automatisierte Polizeifahndungssystem vom 15. Oktober 2008; SR 361.0
RuVG	BG über die Rückerstattung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte politisch exponierter Personen vom 1. Oktober 2010; SR 196.1
RVUS	Staatsvertrag zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika über gegenseitige Rechtshilfe in Strafsachen vom 25. Mai 1973; SR 0.351. 933.6
SchKG	BG über Schuldbetreibung und Konkurs vom 11. April 1889; SR 281.1
SDÜ	Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 zwischen den Regierungen der Staaten der Benelux-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen vom 19. Juni 1990 (Schengener Durchführungsübereinkommen); Amtsblatt der EU Nr. L 239 vom 22. September 2000
sGS	Gesetzessammlung des Kantons St. Gallen, Systematische Ordnung
SIaG	BG über den Informationsaustausch zwischen den Strafverfolgungsbehörden des Bundes und denjenigen der anderen Schengen-Staaten vom 12. Juni 2009; SR 362.2
SIS	Schengener Informationssystem
SKV	VO über die Kontrolle des Strassenverkehrs vom 28. März 2007; SR 741.013
SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts
SRVG	BG über die Sperrung und die Rückerstattung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte ausländischer politisch exponierter Personen vom 18. Dezember 2015; SR 196.1
SSK	Schweizerische Staatsanwälte-Konferenz
StA	Staatsanwaltschaft
StBOG	BG vom 19. März 2010 über die Organisation der Strafbehörden des Bundes vom 19. März 2010; SR 173.71

StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937; SR 311.0
StGH	BG über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden vom 14. Dezember 1990; SR 642.14
StPO	Schweizerische Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007; SR 312.0
StPO Botschaft	Botschaft zur Vereinheitlichung des Strafprozessrechts vom 21. Dezember 2005, BBl 2006, 1085 ff.
StReG	BG über das Strafregister-Informationssystem VOSTRA vom 17. Juni 2016; SR 330
StReV	VO über das Strafregister-Informationssystem VOSTRA vom 19. Oktober 2022; SR 331
SVG	BG über den Strassenverkehr vom 19. Dezember 1958; SR 41.01
TEVG	BG über die Teilung eingezogener Vermögenswerte vom 19. März 2004; SR 312.4
TPF	Leitentscheide des Bundesstrafgerichts
UNO-Pakt II	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 16. Dezember 1966; SR 0.103.2
UWG	BG über den unlauteren Wettbewerb vom 30. September 1943; SR 241
VBAP	VO über die Wahrnehmung kriminalpolizeilicher Aufgaben im Bundesamt für Polizei vom 30. November 2001; SR 360.1
VBGA	VO zum BG über die Archivierung vom 8. September 1999; SR 152.11
VBGA-BGer	VO des Bundesgerichts zum Archivierungsgesetz vom 27. September 1999; SR 152.21
VBGÖ	VO über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung vom 24. Mai 2006; SR 152.31
VBVV	VO über die Vermögensverwaltung im Rahmen einer Beistandschaft oder Vormundschaft vom 4. Juli 2012; SR 211.223.11
VE StPO 2017	Vorentwurf zur Änderung der Strafprozessordnung vom 1. Dezember 2017
VEB	Verwaltungsentscheide der Bundesbehörden
VES	VO über den Einsatz privater Sicherheitsfirmen vom 31. Oktober 2007; SR 124
VeÜ-ZSSV	VO über die elektronische Übermittlung im Rahmen von Zivil- und Strafprozessen sowie von Schuldbetreibungs- und Konkursverfahren vom 18. Juni 2010; SR 272.1
VEZV	VO über das Informationssystem der Eidgenössischen Zollverwaltung für Strafsachen vom 6. März 2000; SR 313.041

VG	BG über die Verantwortlichkeit des Bundes sowie seiner Behördenmitglieder und Beamten vom 14. März 1958 (Verantwortlichkeitsgesetz); SR 170.32
VGG	BG vom 17. Juni 2005 über das Bundesverwaltungsgericht vom 17. Juni 2005 (Verwaltungsgerichtsgesetz); SR 173.32
VO	Verordnung
VPB	Verwaltungspraxis der Bundesbehörden
VRP-SG	St. Gallisches Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege vom 16. Mai 1965; sGS 951.1
VRV	Verkehrsregelverordnung vom 13. November 1962; SR 741.11
V-StGB-MStG	VO zum Strafgesetzbuch und zum Militärstrafgesetz vom 19. September 2006; SR 311.01
VStrR	BG über das Verwaltungsstrafrecht vom 22. März 1974; SR 313.0
VTS	VO über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge vom 19. Juni 1995; SR 741.41
VÜPF	VO über die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs vom 15. November 2017; SR 780.1
VVE	VO über die verdeckte Ermittlung vom 10. November 2004; SR 312.81
VVG	BG über den Versicherungsvertrag vom 2. April 1908; SR 221.229.1
VZertES	VO über Zertifizierungsdienste im Bereich der elektronischen Signatur und anderer Anwendungen digitaler Zertifikate vom 23. November 2016 (VO über die elektronische Signatur); SR 943.032
VZV	VO über die Zulassung von Personen und Fahrzeugen zum Strassenverkehr vom 27. Oktober 1976; SR 741.51
Wiener Ü	Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen vom 24. April 1963; SR 0.191.02
ZAG	BG über die Anwendung polizeilichen Zwangs und polizeilicher Massnahmen im Zuständigkeitsbereich des Bundes vom 20. März 2008; SR 364
ZAV	VO über die Anwendung polizeilichen Zwangs und polizeilicher Massnahmen im Zuständigkeitsbereich des Bundes vom 12. November 2008; SR 364.3
ZentG	BG über kriminalpolizeiliche Zentralstellen des Bundes und gemeinsame Zentren für Polizei- und Zollzusammenarbeit mit anderen Staaten vom 7. Oktober 1994; SR 360
ZertES	BG über Zertifizierungsdienste im Bereich der elektronischen Signatur und anderer Anwendungen digitaler Zertifikate vom 18. März 2016 (BG über die elektronische Signatur); SR 943.03

XXX